

20.11.2020

Corona trifft 80 Prozent der Betriebe

„Wegen des November-Lockdowns befindet sich jedes fünfte der 152 Unternehmen, die sich an unserer aktuellen Corona-Blitzumfrage beteiligt haben, in einem weitgehenden oder kompletten Geschäftsstillstand – davon 60 Prozent wegen staatlicher Schließungsanordnung“ sagt der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Trier, Jan Glockauer.

Nach Auskunft der IHK befürchten fast zwei Drittel der Unternehmen in der Region Trier, 2020 weniger Umsatz als im Vorjahr zu machen. Rund ein Viertel rechnet mit Erlösrückgängen von mehr als 25 Prozent – fast jeder Zehnte sogar von mehr als 50 Prozent. Im Frühsommer hatte der Anteil der Unternehmen, die Umsatzverluste von über 25 Prozent befürchteten, allerdings noch bei über einem Drittel gelegen. „Wir werten das als vorsichtiges Entspannungszeichen aus den Bereichen, die nicht stark vom Lockdown betroffen sind“, erläutert Glockauer.

Laut IHK-Chefvolkswirt Matthias Schmitt sind die Umsatzrückgänge erwartungsgemäß im Gastgewerbe sowie in der Reise- und Kreativwirtschaft am höchsten. Auch der innerstädtische Handel leide erheblich unter dem Rückgang der Kundenfrequenz in den Fußgängerzonen. In der Industrie und im Großhandel rechneten aber immerhin rund 30 Prozent der Befragten mit Erlöszuwächsen.

Keine Insolvenzelle

„Die regionale Wirtschaft ist nicht nur von den Betriebsschließungen in etlichen Branchen hart getroffen, sondern viele Firmen leiden auch unter einer generell sinkenden Nachfrage, Mitarbeiter-Ausfällen oder Auftragsstornierungen. Andere berichten von Zulieferproblemen und gestörten Absatzwegen“ ergänzt Schmitt.

Es gibt der Kammer zufolge – neben den gegenüber der Vorumfrage etwas aufgehellten Umsatzerwartungen – noch einen weiteren Lichtblick: „Wir können die teilweise dramatischen Vorhersagen zu einer bevorstehenden Insolvenzelle für unsere Region derzeit so nicht bestätigen. 3,3 Prozent der Befragten sehen sich insolvenzgefährdet, auch wenn jeder Fünfte wegen Corona Liquiditätsengpässe verspürt. Die umfangreichen staatlichen Finanzhilfen haben bisher wesentlich dazu beigetragen, das Schlimmste zu verhindern“, sagt Schmitt.

So haben 38 Prozent der befragten Unternehmen staatliche Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch genommen beziehungsweise planen dies zu tun; 80 Prozent davon das Kurzarbeitergeld und jeweils ein gutes Drittel die Überbrückungshilfe II sowie die sogenannte Novemberhilfe.

Um wieder richtig auf die Beine zu kommen, fordern die regionalen Firmen von der Politik Bürokratie-Entlastung (60 Prozent), verbesserte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten und Verlustrückträge sowie staatliche Digitalisierungsanstrengungen (je ein Drittel). Etwa ein Viertel der Befragten wünscht

sich ein Nachsteuern bei den finanziellen Hilfsmaßnahmen beziehungsweise ein zusätzliches Konjunkturprogramm.

„Viele Unternehmen haben zwischenzeitlich aus der Not eine Tugend gemacht und in Digitalisierung sowie Online-Kundengewinnung investiert. So konnten dank der weiteren Digitalisierung von Geschäftsmodellen Kosten gespart und rückläufige Umsätze ausgeglichen werden“, sagt Schmitt.

IHK-Frontmann Glockauer fordert: „Es gibt erprobte Hygienekonzepte, die in den allermeisten Branchen Infektionsschutz auch bei unternehmerischer Aktivität sicherstellen. Wir brauchen einen möglichst baldigen Exit vom Lockdown!“

Hier finden Sie die bundesweiten Ergebnisse der Umfrage. (Link: <https://www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse/presseinformationen/deutschen-unternehmen-bricht-die-nachfrage-weg--33746>)

ANSPRECHPARTNER

Standortpolitik

DR. MATTHIAS SCHMITT

Tel.: 0651 9777-901

Fax: 0651 9777-505

schmitt@trier.ihk.de